

Die rheinische Goldmark.

900 Millionen Rentenmark für das besetzte Gebiet.
In der Vollzügung der Handelskammer Köln eröffnete Geheimrat Dr. Louis Hagen über die Verhandlungen in der Unabhängigkeit der Rheinisch-Westfälischen Goldnotenbank es sei ein erheblicher politischer Erfolg im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Errichtung einer Goldnotenbank erzielt worden. Dieser Erfolg bestätigt darin daß die deutschen Unterhändler von den französischen und belgischen Mitgliedern der Rheinlandkommission die Zusage erhalten haben um Zug um Zug mit der Genehmigung der Goldnotenbank das bis jetzt im besetzten Gebiet noch nicht genehmigte Rentenbankgesetz zugelassen werden. Durch die Zulassung dieses Gesetzes in vollem Umfang würden nicht nur die vorerst für den Westen vorgesehenen 100 Millionen Rentenmark deren Zulassung aus politischen Gründen nicht erfolgt sei, sondern ferner 800 Millionen neue Rentenmark hinzugezogen werden können, weil damit auch die hypothekarische Belastung von 4 Prozent im besetzten Gebiet Platz greifen werde. Das sei ein erheblicher politischer Erfolg über den man sich außerordentlich freuen könne.

Großzügige amerikanische Nahrungsmittelhilfe.

In wahrhaft großzügiger Weise hat sich der amerikanische Bankier Herr James H. Gause aus Denver um die hungernde Bevölkerung im Ruhrgebiet verdient gemacht. Wie viele Amerikaner, besuchte Herr Gause vor einigen Monaten das Ruhrgebiet, und die Eindrücke, die er von der dortigen Not gewann, veranlaßten ihn, der Stadt Essen zum Kartoffelauf aus eigenen Mitteln 50.000 Dollar als zinsloses Darlehen zur Versorgung zu stellen. Das Darlehen wurde nach kurzer Zeit durch die Essener Bankfirma Hirchland zurückgezahlt. Dieser erste glückliche Schritt ermutigte Herrn Gause zu höheren Summen zu beschaffen, um der gesamten notleidenden Ruhrbevölkerung weitere Nahrungsmittel zu kommen zu lassen. Mit Unterstützung des holländischen Reichtums von Douton sammelte er in Holland etwa 100.000 Dollar für diesen Zweck und wandte sich dann obwohl in England fast unbekannt, an wohlthätige englische Geldgeber, von denen er 220.000 Dollar erhielt. Um seine Absicht, die Summe auf 500.000 Dollar zu bringen, durchzuführen, ist Herr Gause nach Amerika abgereist von wo er bald zurückzufahren gedenkt. Vor seiner Abfahrt von London lud Herr Gause die englischen Geldgeber zu einem Frühstück ein, bei dem der Kämmerer der Stadt Essen, Herr Dr. Selpel, über die Sicherstellung des gelebten Geldes und seine Verwendung Plauschluss gab.

Ein Schritt des Papstes zugunsten der Ruhropfer.

Über einen päpstlichen Schritt, der bei Poincaré unternommen wurde, verlautet, daß der Papst anlässlich des Weihnachtsfestes die Bitte an Poincaré richtete, die Ruhröster zu begnadigen und den ausgewiesenen die Heimkehr zu gestatten. Im Botschaft heißt es, daß Poincaré die Bitte des Papstes erfüllen dürfte.

Deutsche Papierlieferungen an Frankreich und Italien.

Der Brüsseler Korrespondent des "Oeuvre" erfährt, daß zwischen den deutschen Papierindustriellen im besetzten Gebiet und der Rheinlandkommission ein Abkommen getroffen wurde, wonach die Papierindustriellen in den Monaten Januar, Februar und März 1924 900 Tonnen Holzstoff für die Papiererzeugung liefern werden und zwar wenigstens 100 Tonnen im Januar und Februar und den Rest vor dem 15. April 1924. Frankreich erhält hiervon 550 Tonnen, Italiens, Belgien auf seinen Anteil verzichten sollte, werden Frankreich $\frac{1}{2}$ und Italien $\frac{1}{3}$ zufallen. Die deutschen Papierfabrikanten erklärten sich bereit, mit der Rheinlandkommission wegen der Teilnahme der Papierindustrie an der Lieferung der Papierfirmen zu verhandeln. Ferner sollte eventuell auf freiem Markt ein Abkommen mit den Alliierten wegen Lieferung des Holzstoffs getroffen werden. Die Rheinlandkommission erteilt größere Bewilligungen für die Ausfuhr der Papierindustriellen, ferner gewährt sie eine Verringerung der Exportsteuer und gestattete die zollfreie Einführung von Holz aus dem nicht besetzten Deutschland. 61 Firmen unterzeichneten das Abkommen.

RuhrEinbruch und Rheinschiffahrt.

Der Rheinschiffahrtskommission, die seit dem 15. 12. in Straßburg saß, lagen Klagen der deutschen, der holländischen und der schweizerischen Schifffahrt darüber vor, daß im Zusammenhang mit der Ruhrbefreiung die Durchführung der Mannheimer Urteile von 1868 behindert worden sei. Die Kommission hat nun eine Entscheidung angenommen, in der sie sich für die Beurteilung der im Zusammenhang mit der Ruhrbefreiung eingetretenen Ereignisse für unzuständig erklärt und die Hoffnung ausdrückt, daß die beteiligten Regierungen sich bemühen werden, eine möglichst plakate Abwicklung der Rheinschiffahrt unter vollster Wahrung der Mannheimer Konvention wieder zu ermöglichen. Die Entscheidung ersucht die Kommission der beteiligten Regierungen der Kommission sobald wie möglich zwecks Erörterung auf der nächsten Tagung darüber zu berichten was geschehen sei. Die deutsche Delegation hat sich unter folgendem Vorbehalt angeschlossen:

Die deutsche Delegation hält ihren rechtlichen Standpunkt aufrecht daß die Rheinschiffahrtskommission das zuständige Organ ist, das über Rechtsfrage gegen die Mannheimer Urteile auf die von der deutschen Regierung verwiesen worden ist, zu entscheiden hat. Die deutsche Delegation behält sich vor, ihren Antrag von neuem der Kommission zur Entscheidung vorzulegen, und hofft die feste Hoffnung daß die beteiligten Regierungen sich bemühen werden, möglichst bald eine plakate Abwicklung der Rheinschiffahrt unter voller Beachtung der Mannheimer Konvention wieder zu ermöglichen.

Um die englische Regierungsgründung.**Die Arbeitspartei zur Übernahme besteht.**

Wie Reuter meldet, hat die Sitzung der Arbeitspartei am Freitag offiziell die Regierungübernahme beschlossen falls der Sturz des Königs an MacDonald stehen werde.

Die Liberalen lehnen eine Koalition mit den Konservativen ab.

Reuter meldet, die Liberalen Partei habe Baldwin offiziell mitteilen lassen, daß sie eine Koalition ablehnen müsse, da es nach der parlamentarischen Gesellschaftszeit der Arbeitspartei gäste, das neue Kabinett zu bilden.

Zu dem Attentat in Hannover

dass wir bereits in der Sonnabend-Ausgabe mitteilen konnten, melden die "Leipziger Neuesten Nachrichten" des näheren noch folgende Einzelheiten:

Der Aufschlag war so stark, daß die benachbarten Häuser und Wohnungsneubauten bebten und die Schauenseiter zuschreiten drohten. Gleich nach der Explosion gelangte sich ein weißes Bild der Verwüstung. Der Sprengkörper, über dessen Art man noch keine Erklärung gewonnen hat, war in einer Ecke des Regierungsgebäudes unter die Steintreppe gelagert worden, die zu den Räumen des Geschäftsausschusses führte. Das Sprengloch selbst ist nicht sehr groß. Von der Treppe selbst sind zwei Stufen total zerstört. Ein großer Teil der Fensterscheiben des Regierungsgebäudes ist in Scherben gegangen. Fenster und Türrahmen sprangen aus der Fassung. Im Innern des Regierungsgebäudes lag man nach der Explosion ein wirres Durcheinander; der Fußboden der einzelnen Stockwerke war mit Glasscherben übersät. Die Fenstervorhänge hingen in Fetzen herab.

Als die Explosion erfolgte, befanden sich noch eine Anzahl Beamte in den Diensträumen. Durch den Aufschlag wurden sie fast alle von den Stühlen zur Erde geworfen. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, jedoch erlitten verschiedene Beamte durch Glasplitter mehr oder weniger schwere Verletzungen. Auch im Archiv wurden Beamte durch die Lüftungsschlämmen zu Boden geworfen. Der durch die Explosion angerichtete Schaden ist überaus groß. Die Untersuchung des Sachverhalts ist sofort durch den Polizeipräsidenten und seine Organe am Ort und Stelle in die Wege geleitet worden. Man vermutet, daß politische Gründe die Ursache der Explosion bilden. Da bereits vor einigen Tagen eine harmlos verlaufene Sprengstoffexplosion vor den Toren Hannovers stattfand, so glaubt man in Verbindung hiermit schließen zu können, daß der Anschlag in die Wege geleitet ist, um eine Panikstimmung hervorzurufen.

Belohnende Kommission für Verringerung der Ausgaben. Durch eine Verordnung vom 18. Dezember hat der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung unter dem Vor- sitz des Sparministers Dr. Sämisch eine dreigliedrige Kommission eingesetzt, der es obliegt, eine Vereinfachung der Verwaltung und Verringerung der Ausgaben des Reiches durchzuführen. Die näheren Richtlinien über die Befugnisse der Kommission werden von der Reichsregierung aufgestellt. Zu Mitgliedern der Kommission sind vom Reichspräsidenten Staatssekretär a. D. Felix Busch und der Wirtschafts-Rat Staatssekretär a. D. Dr. Theodor Weißwald berufen worden.

Massenverhaftungen von Hitlerleuten. Aus München wird berichtet, daß in den letzten Tagen eine wesentliche Verstärkung der Überwachung eingetreten sei, in der sich General Ludendorff in seiner Wohnung in Ludwigshöhe bei München befindet. Eine Anzahl Besucher, die den General zu sprechen versuchten, seien von Beamten festgehalten und dem Münchner Polizeipräsidium zugeführt worden. Neben die Gründe, die zur verdeckten Überwachung Ludendorffs geführt haben, wird u. a. angegeben, daß in den nationalsozialistischen Kreisen nach der legitimen Veröffentlichung des Herren v. Röhrs, der vor einer neuen Bewegung öffentlich wagt, eine lebhafte Tätigkeit eingesetzt habe, die sich vor allem in der Verbreitung von Nachrichten und Gerüchten, die v. Röhr schaden sollten, äußerte. In den letzten Tagen seien in München und in anderen Städten Massenverhaftungen von Hitlerleuten vorgenommen worden. Auch Hitler werde im Gespürnis auf das strengste überwacht, weil befürchtet wird, daß von seinen Anhängern eine Aktion zu seinen und Ludendorffs Gunsten verübt werden könnte.

Gehimrat Wittig gestorben. Witz der "Montag" berichtet, ist der Gehimrat Wittig gestern unerwartet gestorben. Wittig war von 1891 bis 1902 Oberbürgermeister von Posen und als solcher Mitglied des preußischen Herrenhauses. Nach seinem Wechsel von Posen gehörte er dem Vorstand der Nationalbank von Deutschland an und wurde später Vorstand des Aufsichtsrates der Gesellschaft. Nach der Fusion der Nationalbank mit der Darmstädter Bank leitete er gemeinsam mit Gehimrat Ritter den Aufsichtsrat dieses Instituts.

Ein Völkerbundschiedsspruch gegen Polen. Das "Echo" meldet, der Völkerbund habe am 19. Dezember entschieden, daß den von Polen vertretenen deutschen Ansiedlern für die erlittene Unbill und die ihnen erwachsenen materiellen Verluste eine Entschädigung zu gewähren ist.

Frankreichs Außenhandel. Nach der amtlichen Statistik der Bollwerbung erreichte die französische Einführung in den ersten 11 Monaten des laufenden Jahres die Summe von 28.781.178.000 Fr., d. h. 7.863.621.000 Fr. mehr als in den ersten 11 Monaten des Vorjahrs und 21.188.021.000 Fr. mehr als in den ersten 11 Monaten des Jahres 1918. Dem Gewicht nach erreichte die Einführung für den gleichen Zeitraum 1923 40.706.408 To., das sind 8.805.804 To. mehr als 1922 und 9.786.949 To. mehr als 1918. Die Ausfuhr betrug in den ersten 11 Monaten des laufenden Jahres 27.817.696.000 Francs, das sind 8.207.747.000 Fr. mehr als in den ersten 11 Monaten des Vorjahrs mit 21.088.062.000 Fr. mehr als in den ersten 11 Monaten des Jahres 1918. Dem Gewicht nach belief sich die Ausfuhr in dem genannten Zeitraum des laufenden Jahres auf 22.126.077 To., das sind 188.787 To. mehr als im Vorjahr und 2.098.611 To. mehr als 1918.

Die Türkei schafft eine Kriegsflotte. Der "Morgen" meldet aus Konstantinopel: Die Nationalversammlung in Ankara beschloß mit großer Mehrheit die Schaffung einer türkischen Kriegsflotte. Die Regierung wurde aufgefordert, ein ausführliches Flottenprogramm in kürzester Zeit vorzulegen.

Von Stadt und Land.

Mit. 24. Dezember.

Weihnachten.

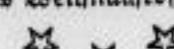
Es wird schließlich nicht schlecht hin gelegnet werden können, daß bis in die Kriegs- und Revolutionszeit hinein der Geist eines unglaublichen und unheiligen Materialismus eine bei weitem unmenschlichere Herrschaft ausgeübt hat, als gegenwärtig. Diese ruchlose Willensströmung hat damals leider auch die Art, wie wir Weihnachten feierten, beeinflußt. War es nicht so, daß wir das Hauptgewicht auf Menge und Wert der Geschenke legten während wir die stillen Heimlichkeit und all das Herzige, Gemütliche, was sich schwer in Worte fassen läßt vernachlässigten?

Wir haben seither eine schlimme Zeit durchlebt und sind in Not geraten, in eine Not von solchem Umfang, leiblich und seelisch, wie sie früher niemals jemand sich hätte denken können. So viel Wertvolles diese Not vernichtet hat: das eine gute erwünschte jedenfalls durch sie und mit ihr: Wir sind zur Selbstbesinnung gebracht worden.

Nicht daß alle Deutschen dahin gelangt wären, das ist und bleibt unmöglich. So viel nur einigermaßen ihres hohen Namens "Mensch" werde Menschen vermag die Natur nicht zu erschaffen. Deswegen darf man hier seine Erwartungen nicht allzu hoch spannen. Über verglichen mit 1914: da scheint doch bei vielen ein ansehnlicher Ertrag eingezogen zu sein.

Das stille Weihnachtsfest unserer Radikalisten dürfte wohl kaum jemals solche Verachtung und solchen Zorn erzeugt haben, wie in unseren Tagen, wo vielleicht der Vater, den die Eltern machen unter Umwälzung aller möglichen Mittelchen, nur deswegen so laut ist, weil die Unbänder abzubinden beginnen, weil der tausendmal in die Hände eingebettete Unfall doch endlich von einzelnen durchschaut wird. Über weg mit der Politik die nur wenige kennen, über die aber mehr als sonst wo die dumple Unvernunft glaubt urteilen zu können! Man mag sich einmal das vor Augen halten, was an Hilfsbereitschaft und Helferfreudigkeit die augenblickliche Not weitester Volkskreise hervergerufen hat, und zwar bei Angehörigen der verschiedensten Stände, die sich hier einmal als Menschen fühlen durften und muhten. Wenn die Not alles, was gegen sie getan worden ist, bisher verschlang: am Mangel an gutem Willen wird's kaum gelegen haben. Wir haben gelernt, uns einzuschranken wir wissen, was es heißt: nur noch wenig haben. Umso besser als früher verstehen wir heute, was es heißt: nichts haben! Und wer wirklich mit seinem Herzen verstanden hat, was das heißt: der steht auch etwas dagegen; er muß etwas dagegen tun. So hat die Not ein gut Teil aller Hoffnung verdrängt und einen besseren Geiste den Weg gebahnt.

Dieser bessere Geist aber ist gerade der, den das Weihnachtsfest zum Ausdruck bringt, indem es zur Erinnerung an die Geburt Christi gefeiert wird, des Weltberösers, der Mensch gewordenen, göttlichen Liebe, die verzeiht und hilft. Und so wäre nur zu wünschen, daß dieser Geist, diese Besinnung ebelsten Menschentums und mehr Raum finde in Menschenherzen, dieser Geist, der des Opfers führt, ist, wie nach dem heiligen Glauben Gottvater selbst. In diesem Sinne allen Leuten ein frohes gesegnetes Weihnachtsfest!



Sächsische Gemeindebewohner und verbotene Parteien. Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Sonnabend unter Bezugnahme auf die Verfügung des Dresdner Militärberghabers vom 12. Dezember zu dem Verbot der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschsozialen mit einem sozialdemokratischen Antrag, der fordert, daß vom Tage der Ausschreibung der Wahlen bis zu ihrer Freigabe auch für verbotene Parteorganisationen die Gründung von Vereinigungen für Verbreitung der Wahl zulässig sein soll. Versammlungs- und Pressefreiheit soll auch für die verbotenen Parteien nur den allgemeinen strafrechtlichen und polizeilichen Verhinderungen unterliegen. Der Antrag wurde in der Diskussion durch die Abgeordneten Brodau (Dem.) und Bruns (Nat.) gutgeheissen. Die Deutchnationalen betonten, es liege ihnen daran, daß die Deutschsozialen Partei bei den Wahlen in seiner Weise behandelt werde. Abgeordneter Dr. Kahl (D. P.) und ein weiterer demokratischer Abgeordneter stimmten ebenfalls dem Grundgedanken des Antrags zu, wünschten jedoch, daß den verbotenen Parteienorganisationen die Gründung von Vereinigungen ausschließlich zur Verbreitung der Wahl erlaubt werde, damit sie keinen Vorsprung erhalten, zu anderen Zwecken als zu Wahlzwecken sich agitatorisch zu betätigen. Der Ausschluß entschied sich im Sinne des Antrages des Abgeordneten Dr. Kahl, dem sozialdemokratischen Antrag das Wort "auschließlich" einzufügen. In dieser Form wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Die sächsischen Handelskammern gegen die Weiterführung der Betriebssteuer. Die Handelskammer Plauen schreibt: Wie die sächsischen Handelskammern in Erfahrung gebracht haben, wird von der Landesregierung auf Anregung des Sächsischen Gemeindetages ein Entwurf vorbereitet, wonach die bisher von reichsweite erhobene Betriebssteuer in Gestalt einer Arbeitgeberabgabe in Sachsen weitergeführt werden soll. Bekanntlich haben sich die Kammern in den letzten Monaten mit allen Mitteln bei der Reichsregierung dafür eingesetzt, daß diese ungerechte, rohste und unsosiale Steuer, die erlassen worden ist, beseitigt wird. Unmittelbarer Einbruch haben ihre Vorstellungen, wie aus Pressemeldungen hervorgeht, endlich darin gefunden, daß die Reichsbetriebssteuer ab 1. Januar 1924 nicht mehr erhoben wird. Auf ihrem arbeitsfreien Wege der Unternehmungen versucht, die Angelegenheit

auf ein Reichsde-
ber zu
Schädig-
bogen u-
durch di-
wohl in-
erhoben.
lich aus
neuer S-

Die
der Bea-
betrifft
14. De-
n der
ungewa-
den Gol-
die bish-
mer sind
Aug 1923 fa-
5.08 nach-
nachm.)

Wei-
nachtsfei-
nachbri-
Bereit-
10 Uhr in
neugewa-
der Ge-
habern
Bildung
im Weit-
feld zu
der Gro-
uchen
über so
Bildung
wecke h-
as Bib-
eler, hi-
ich in
rauenba-

Wie
dassie
Dieser
Schiff an
mit einer
der Aus-
bei wird
en dann
werden n
engli-
nachfeie
in Bett,
Weihna-
der Be-
ein ansta-
erdian
durch
ber ein

Spon-
Ziel am
lemonni-
us fal-
eigen da

Reich-
ente.
hriger
it einer
richtigt
über bei

ERZ

R

Zum
Empfan-
kräf
Ausfüh-
Geomban